



# RUNDBRIEF AUSBILDUNG

---

Ausgabe 4 / 2008

Berlin, 10. Dezember 2008

## Die Themen:

Gute Chancen auch für 2009	2
Auf dem Weg zur Bildungsrepublik	5
Meister-BAföG wird attraktiver und flexibler	8
Fachleute und Azubis um ihre Meinung befragt	10
Internetportal für Prüferinnen und Prüfer in der beruflichen Ausbildung	12
Die BWP - Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Zeitschrift des Bundesinstituts für Berufsbildung	13
Zum Rundbrief Ausbildung	13
Impressum	13



## RUNDBRIEF AUSBILDUNG

---

Ausgabe 4 / 2008

Berlin, 10. Dezember 2008

### Gute Chancen auch für 2009

Werden sich die düsteren Konjunkturaussichten negativ auf den Ausbildungsstellenmarkt auswirken? Zur Zeit kann diese Frage niemand beantworten, da die Prognosen für die Konjunkturentwicklung stark schwanken. Auch sind sich Experten uneinig, ob und wie stark sich eine Rezession auf den Arbeitsmarkt auswirken könnte.

Noch am 2. Dezember äußerte sich der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) optimistisch. DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun sagte der Tageszeitung Die Welt: „Schulabgänger werden auch im nächsten Jahr gute Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben.“

Verantwortlich sind aus seiner Sicht die abnehmenden Schulabgängerzahlen und der sich verschärfende Fachkräftemangel. Deshalb werden viele Betriebe auch bei schwächerer konjunktureller Lage weiter ausbilden. Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger wird um vier Prozent zurückgehen, in Ostdeutschland sogar um über 15 Prozent.

### *Positive Jahresbilanz*

Somit können wir darauf hoffen, dass sich der in diesem Jahr so positive Trend fortsetzen wird. Erstmals seit sieben Jahren überstieg die Zahl der offenen Ausbildungsstellen deutlich die Zahl der noch Suchenden. Das war das Hauptergebnis der von der Bundesagentur für Arbeit zum 30. September 2008 vorgelegten Jahresbilanz.

Von Oktober 2007 bis September 2008 meldeten Ausbildungsbetriebe der Ausbildungsvermittlung insgesamt 511.600 Ausbildungsstellen. Das waren 1.200 mehr als im Vorjahreszeitraum. Zugleich schalteten 620.200 Bewerberinnen und Bewerber die Ausbildungsvermittlung bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle ein, 113.800 weniger als im letzten Jahr. Eine Ursache ist die geringere Zahl der Schulabgänger. Am 30. September suchten noch 14.500 junge Menschen einen Ausbildungsplatz. Die Zahl der offenen Stellen lag bei 19.500.



Vor allem wirken aber die intensiven Bemühungen um Altbewerber. Das wichtigste Instrument in der Ausbildungsbonus der Bundesregierung. Firmen können ihn in Anspruch nehmen, wenn sie zusätzliche Stellen für diesen Personenkreis schaffen.

### *Nachvermittlung läuft noch*

Aber auch für die im Herbst noch unversorgten Bewerberinnen und Bewerber bestehen Chancen. Noch bis zum Jahresende können Ausbildungsverträge geschlossen werden. Die regionalen Arbeitsagenturen luden noch Suchende zu einer der bundesweit 378 Nachvermittlungsaktionen ein.

Dabei muss nicht nur aus den offenen Stellen geschöpft werden. Es gibt auch Stellen für Einstiegsqualifizierungen. Diese betrieblichen Praktika in Verbindung mit Lernangeboten stellen insbesondere eine Chance für schwer Vermittelbare dar. Viele Betriebe erleben, wie gut ein junger Mann oder eine junge Frau in den Betrieb passt, auch bei unbefriedigendem Schulabschluss. So gelang in der Vergangenheit bei etwa zwei Dritteln der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Übergang in eine reguläre Ausbildung.

Die Resonanz auf die Nachvermittlungsaktion ist nach Aussage des DIHK mehr als verhalten: Nur jeder zweite eingeladene Jugendliche erschien auch. 40 Prozent kamen nicht, weitere elf Prozent entschuldigten sich. „Im Durchschnitt konnten wir jedem erschienen Jugendlichen mehr als zwei betriebliche Ausbildungsplätze anbieten“, sagte Braun. Zählt man die Praktika und öffentlich finanzierten Programme hinzu, gab es pro Bewerber sogar fast sechs Ausbildungsangebote.

### *Pakt eingehalten*

Betriebe aus Industrie und Handel haben wieder deutlich mehr Stellen angeboten. 343.259 Jugendliche schlossen Ausbildungsverträge mit Firmen dieses Sektors. Das sind 3,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Leicht rückläufig ist die Zahl der Ausbildungsverträge im Handwerk. Das ist allerdings der Sektor, der traditionell prozentual am meisten und in den vergangenen Jahren weit über Bedarf ausbildete.

Die Zusagen der Wirtschaft bei der Verlängerung des Ausbildungspakts zwischen Bundesregierung und Wirtschaft wurden deutlich übertroffen. Es gelang, 68.300 neue Ausbildungsplätze und 42.700 Ausbildungsbetriebe zu werben.

Staatssekretär Peter Hintze vom Bundeswirtschaftsministerium bestätigte, dass sich der Ausbildungspakt bewähre. "Die Herausforderungen des Strukturwandels wurde gemeinsam geschafft. Es ist ein großer Beitrag für den sozialen Frieden, dass der Nachwuchs weiß, dass es Chancen gibt", sagte er.

Auch der Bund hält seine Zusagen ein, nicht zuletzt bei der Finanzierung von Einstiegsqualifizierungen und Ausbildungsboni. Staatssekretär Andreas Storm vom Bundesbildungsministerium wies auf die 19.000 Lehrstellen hin, die über das Programm "JobStarter" gefördert werden.

### *Besondere Förderung für Kinder mit Migrationshintergrund*

Jugendliche mit Migrationshintergrund sollen bis 2012 das gleiche Bildungsniveau haben wie deutsche Jugendliche. Dieses Ziel wurde im Nationalen Integrationsplan vereinbart. Konkrete Maßnahmen sind berufsspezifische Sprachförderung sowie ein Coachingprogramm für Migrantinnen und Migranten. Durch dieses Programm soll den Jugendlichen eine individuelle Betreuung bis hin zur beruflichen Qualifizierung angeboten werden.

### *Berufswegeplanung ist Lebensplanung*

Die Partner des Ausbildungspakts wollen vor allem die Berufswegeplanung in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz und Wirtschaftsministerkonferenz verbessern. Jugendliche sollen gezielter und passgenauer als bisher bei der Berufswahl unterstützt werden. Daraus ergeben sich konkrete Aufgaben für Schulen, Wirtschaft und Arbeitsagenturen, die in einem 11-Punkte-Programm zusammengefasst wurden. Auch die Eltern werden besonders aufgerufen, die Berufswahl aktiv zu unterstützen.

### Fragen und Antworten zum Ausbildungsbonus

### Ausbildungsbilanz der Bundesagentur für Arbeit



## RUNDBRIEF AUSBILDUNG

---

Ausgabe 4 / 2008

Berlin, 10. Dezember 2008

### Auf dem Weg zur Bildungsrepublik

Die Reform des Bildungssystems greift. Der Bildungsstand der Bevölkerung steigt. Das ist bei dem hohen Fachkräftebedarf und immer höheren Qualifikationsanforderungen an die Menschen eine gute Botschaft. Enthalten ist diese im zweiten Nationalen Bildungsbericht "Bildung in Deutschland 2008", der im Frühsommer des Jahres erschien.

Am 3. September 2008 nahm die Bundesregierung Stellung zum Bericht. Sie machte dabei deutlich, dass die Aufstiegschancen im deutschen Bildungssystem noch besser werden müssen. Dies ist auch ein Ziel der Qualifizierungsinitiative, die die Bundesregierung auf dem Bildungsgipfel am 22. Oktober 2008 mit den Ministerpräsidenten der Länder beschlossen hat.

#### *Mehr Geld für Bildung*

"Wohlstand für alle heißt heute Bildung für alle", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem Bildungsgipfel in Dresden. Mit den Ministerpräsidenten der Länder hat sie sich für dieses Ziel auf gemeinsame Leitlinien und Leitsätze verständigt. Wie die Bundeskanzlerin betonte, ist es "das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass es ein solches gemeinsames Bekenntnis gibt und dass man sich auf diese Hauptsache konzentriert."

Bund und Länder werden ihre Investitionen in Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Drei Prozent ist die Zielmarke für die Forschungsausgaben, sieben Prozent für die Bildung. Das bedeutet jährlich etwa 25 Milliarden Euro mehr. Bis Herbst kommenden Jahres soll eine "Strategiegruppe" Vorschläge erarbeiten, wie sich die Erhöhung der Bildungsausgaben erreichen lässt.

Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten verständigten sich darüber hinaus auf konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des deutschen Bildungssystems. Die Quote der jungen Menschen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, soll bis 2015 von acht auf vier Prozent sinken. Jeder, der kann und will, soll die Möglichkeit erhalten,

einen Schulabschluss nachzuholen. Ebenso soll die Zahl der Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung halbiert werden – von heute 17 auf 8,5 Prozent.

### *Übergang zur Ausbildung besonders wichtig*

Besonderes Augenmerk gilt dem Übergang von der Schule hin zur Ausbildung. Die Initiative "Abschluss und Anschluss" will aus Übergangszeiten Ausbildungszeiten machen. In enger Abstimmung mit der Wirtschaft werden Ausbildungsvorbereitungen gerade für Benachteiligte verbessert. Bund und Länder werden das Übergangs- zu einem Einstiegssystem machen. Vor allem anrechenbare Ausbildungsbausteine in vorbereitenden Maßnahmen könnten ein Weg sein. Daneben werden die Möglichkeiten ausgebaut, vollzeitschulische Ausbildungsleistungen anzurechnen.

Schon während der Schulzeit wird eine intensivere Berufsorientierung gefördert. Schon frühzeitig sollen Jugendlichen ihre Stärken und Schwächen bewusst gemacht werden. Die Bundesagentur für Arbeit unterstützt die Länder dabei, wenn schon während der Schulzeit ein Kompetenzprofil erstellt wird. Damit lassen sich Lerndefizite frühzeitiger erkennen und beheben. Damit kann schon während der Schulzeit die Ausbildungsreife verbessert und so der Übergang in eine Ausbildung erleichtert werden.

Der Bund wird die Voraussetzungen für den flächendeckenden Einsatz des Berufswahlpasses schaffen. Es wird geprüft, ob sich durch die Einführung einer elektronischen Version mehr junge Menschen erreichen lassen.

Schon in der Schule soll auf den Beruf vorbereitet werden. Berufsorientierung wird an allen allgemeinbildenden Schulen und Förderschulen verbindlich durchgeführt. Dazu sind konkrete Maßnahmen wie Betriebsbesuche und Praktika möglich. Eingebunden werden alle Partner der Schule, nicht zuletzt Eltern, Berufsschulen, Agenturen für Arbeit und Unternehmen.

Der Bund wird die Ausbildereignungsverordnung mit dem Ziel der Qualitätssicherung reformieren. Auch werden gemeinsam mit den Sozialpartnern und abgestimmt mit den Ländern die anerkannten Ausbildungsberufe bedarfsgerecht modernisiert. Dabei soll die Flexibilität zwischen verwandten Berufen erhöht werden. Vermehrt wollen die Regierungschefs Berufe schaffen, die eher praktisch begabten Schülerinnen und Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben ermöglichen.

Der Bund will, dass jeder nicht mehr schulpflichtige Jugendliche einen Hauptschulabschluss nachholen kann. Dazu sind verschiedene Maßnahmen vorgesehen.

### *Einfachere Übergänge*

Die Übergänge zwischen den einzelnen Bildungsstufen sollen einfacher werden. Insbesondere beruflich Qualifizierte sollen auch ohne Abitur an Hochschulen studieren dürfen. Besonders Begabte erhalten Stipendien.

Auch die berufliche Weiterbildung soll deutlich gestärkt werden. Künftig werden sich 50 Prozent der Erwerbsbevölkerung weiter qualifizieren. Heute sind es 43 Prozent. Dafür werden unter anderem die finanziellen Bedingungen verbessert.

Wenn es gelingt, all diese Schritte in den nächsten Jahren umzusetzen, so stehen die Chancen gut, dass Deutschland zur Bildungsrepublik wird. Dieses Ziel, das die Kanzlerin vor einem Jahr vorgegeben hat, ist wichtig für die Zukunft unseres Landes.

[Erklärung des Bildungsgipfels](#)

[Mehr zum Bildungsbericht](#)



## RUNDBRIEF AUSBILDUNG

---

Ausgabe 4 / 2008

Berlin, 10. Dezember 2008

### **Meister-BAföG wird attraktiver und flexibler**

Das Bundeskabinett hat die Novellierung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG oder auch Meister-BAföG) beschlossen. Bundesbildungsministerin Annette Schavan erklärte dazu in Berlin: "Das Meister-Bafög ist ein Kernelement der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung. Mit den geplanten Leistungsverbesserungen setzen wir nach der Bafög-Reform auch im Bereich der beruflichen Bildung ein deutliches Signal. Wir wollen berufliche Aufstiegsfortbildungen noch attraktiver machen und mehr Menschen als bisher für Fortbildungen gewinnen. Die Leistungsverbesserungen sind ein wichtiges Signal für den Aufstieg der Fachkräfte in Deutschland."

Die Bundesregierung steigert ihre Ausgaben für das Meister-Bafög mittelfristig von derzeit rund 122 Millionen Euro um mehr als 60 Prozent auf über 200 Millionen Euro jährlich.

#### *Attraktiver und flexibler*

Das Meister-Bafög wird attraktiver und flexibler: So sollen Aufstiegsfortbildungen im Bereich der Altenpflege sowie Aufstiegsfortbildungen zum Erzieher oder zur Erzieherin förderfähig sein. Profitieren werden die Fortbildungswilligen insbesondere von der Umstellung der Förderung: So ist nicht wie bisher nur die erste Aufstiegsfortbildung förderfähig, sondern generell eine Aufstiegsmaßnahme.

Gleichzeitig wird es einen zusätzlichen Anreiz geben, die Abschlussprüfung zu bestehen: Erfolgreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekommen statt 30,5 Prozent künftig fast 50 Prozent der Kurs- und Prüfungsgebühren als Zuschuss vom Staat. Zusätzlich werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer während ihrer Prüfungsvorbereitungsphase durch eine erweiterte Förderung entlastet. "Damit wollen wir einen Motivationsschub geben, eine berufliche Aufstiegsfortbildung zu absolvieren und erfolgreich abzuschließen", betonte Schavan.

Auch Fortbildungswillige mit Kindern werden künftig noch stärker finanziell unterstützt. Gerade junge Familien sind vielfältigen Belastungen während einer Fortbildungsmaßnahme ausgesetzt. Der Erhöhungsbetrag pro Kind wird von derzeit 179



Euro auf 210 Euro pro Monat angehoben und zu 50 Prozent bezuschusst, statt wie bisher nur als Darlehen gewährt. Zugleich wird es einen Kinderbetreuungszuschlag von 113 Euro pro Kind und Monat als Zuschuss für Alleinerziehende geben. Darüber hinaus sollen der Unterhaltsbeitrag und der Kinderbetreuungszuschlag auch während der neu eingeführten Prüfungsvorbereitungsphase für bis zu weitere drei Monate als Darlehen gewährt werden.

### *Erleichterung für Migranten*

Die Novelle schafft auch Erleichterungen für Fortbildungswillige mit Migrationshintergrund: Voraussetzung wird künftig die dauerhafte Bleibeperspektive und nicht mehr die vorherige Mindestarbeitsdauer sein. "Wir wollen Menschen mit Migrationshintergrund noch stärker integrieren, weil wir in Deutschland auf kein Talent verzichten können und wollen", sagte Schavan.

Künftig soll bei der Gründung oder Übernahme eines Unternehmens ein gestaffelter Erlass des auf die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren entfallenden Restdarlehens gewährt werden. Das setzt voraus, dass eine neue Mitarbeiterin oder ein neuer Mitarbeiter oder ein Azubi sozialversicherungspflichtig eingestellt und dauerhaft beschäftigt wird.

### *Förderlücken schließen*

Auch soll die Förderlücke zwischen Ende der Maßnahme und Anfertigung des Prüfungsstücks geschlossen werden. Hier wird es ein Darlehen für den Lebensunterhalt und die Kosten der Kinderbetreuung für höchstens drei weitere Monate geben.

Zugleich will die Bundesregierung Maßnahmen wie Klausurenkurse oder mündliche Prüfungssimulationen in einem gewissen Umfang finanziell unterstützen. Derzeit können nur reine Unterrichtsstunden, bei denen eine Lehrkraft die notwendigen Lernhalte vermittelt, anerkannt und gefördert werden. Künftig sollen bis zu 10 Prozent, maximal jedoch 50 Stunden (à 45 Minuten) der Prüfungsvorbereitung mitgefördert werden können.

In Anlehnung an die Weiterbildungsförderung nach SGB III werden die Anforderungen an die Eignung der Träger erhöht, indem auch im AFBG von den Trägern der Maßnahme die Anwendung eines Qualitätssicherungssystems verlangt wird.

Zugleich stellt die Novelle verschiedene Aspekte des Gesetzes klar. Damit gewährleistet die Bundesregierung die zweckentsprechende Mittelverwendung und schränkt Mitnahmeeffekte und Leistungsmissbräuche ein. Der Vorrang von Leistungen privater Arbeitgeber zur Aufstiegsfortbildung wird verdeutlicht. Alle Leistungen werden auf das Notwendige beschränkt.



## RUNDBRIEF AUSBILDUNG

---

Ausgabe 4 / 2008

Berlin, 10. Dezember 2008

### Fachleute und Azubis um ihre Meinung befragt

Ein zentrales Ziel der Berufsbildungspolitik ist es, die Qualität der dualen Ausbildung weiterzuentwickeln. Was kennzeichnet jedoch eine "gute" Ausbildung? Berufsbildungsexperten und -expertinnen erachten es als sehr wichtig, dass die duale Berufsausbildung sehr anspruchsvoll durchgeführt wird. Die Auszubildenden sollen nach Auffassung der Fachleute nicht nur einzelne Arbeitsschritte durchführen. Sie müssen in größere Projekte mit einbezogen werden, die einen echten Beitrag zu den Geschäftsprozessen der Betriebe leisten. Falsch wäre es, den Auszubildenden jeden Arbeitsschritt vorzugeben. Vielmehr sollten sie Arbeitsabläufe eigenverantwortlich planen, durchführen und kontrollieren.

Das sind zentrale Ergebnisse einer Online- Befragung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) im Rahmen des "Expertenmonitors Berufliche Bildung". Das BIBB befragte 355 Fachleute aus der beruflichen Bildung zu vorgegebenen Qualitätskriterien für eine gute duale Ausbildung.

Eine anspruchsvolle Ausbildung setzt aus Sicht der Fachleute eine fachlich und didaktisch kompetente Betreuung der Auszubildenden voraus. Das ist Aufgabe der Ausbilder und Ausbilderinnen sowie der Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer. Für den betrieblichen Ausbildungsverlauf ergeben sich darauf klare Anforderungen: Das Ausbildungspersonal muss dauerhaft präsent sein, klare Arbeitsanweisungen geben und Arbeitsergebnisse mit den Jugendlichen besprechen. Die Auszubildenden müssen regelmäßig eine Rückmeldung zum Ausbildungsverlauf von den Auszubildenden einholen. Zudem sei es sehr wichtig, so die Fachleute, dass im Betrieb eine gewisse Toleranz gegenüber Fehlern herrsche. Solche Fehler unterliefen den Auszubildenden bei der hier geforderten selbstständigen Arbeitsweise nahezu zwangsläufig.

Der "Expertenmonitor Berufliche Bildung" des BIBB umfasst einen feststehenden Kreis von Experten und Expertinnen unterschiedlicher institutioneller Herkunft, der in unregelmäßigen Abständen zu jeweils aktuellen Themen der beruflichen Aus- und Weiterbildung befragt wird.

### *Ergebnisse einer Befragung von Auszubildenden im Bremer Handwerk*

Auch die Ergebnisse einer Regionalstudie der Universität Bremen - veröffentlicht in Kooperation mit dem BIBB - zeigen, dass die Gestaltung des Lernprozesses einen zentralen Einfluss auf die Qualität der Ausbildung hat. Die Hochschule befragte rund 400 Jugendliche des 3. Ausbildungsjahres aus Bremer Berufsschulklassen zur Qualität der Ausbildung im Handwerk aus der Perspektive der Auszubildenden.

Zwei von drei Auszubildenden des Bremer Handwerks geben an, fachlich gut angeleitet zu werden, Aufgaben selbstständig zu lösen und hierbei auch Fehler machen zu dürfen. Ebenso viele sagen, dass die Aufgaben gemeinsam mit ihnen besprochen werden. Die Auszubildenden zeigten sich mit dem kommunikativen Austausch in ihrer Ausbildung überwiegend zufrieden.

Allerdings gibt es auch deutliche Hinweise auf Schwierigkeiten in der Ausbildung: So geben 43 Prozent der Auszubildenden im Handwerk am Ende ihrer Ausbildung an, dass sie häufig ausbildungsfremde Tätigkeiten ausüben. Fast jeder Zweite erlebt während seiner Ausbildung ständigen Termin- und Zeitdruck. Jeder Dritte gibt an, dass er "Ärger bekomme, wenn er die Aufgaben nicht lösen könne". Darüber hinaus bedrückt etwa jeden vierten Auszubildenden die unpünktliche Zahlung seiner Ausbildungsvergütung.

Obwohl sich die Regionalstudie der Universität Bremen auf Handwerksberufe in diesem Bundesland konzentriert, stellt sie einen wichtigen Beitrag dar, um Fragen zur Qualität dualer Berufsausbildung aus der Perspektive der Auszubildenden stärker in den Blick zu nehmen.

Um repräsentative, regional übergreifende Daten hierüber zu erheben, läuft im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) zurzeit das Forschungsprojekt "Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden". Das BIBB befragt rund 6.000 Auszubildende aus 15 dualen Berufen in West- und Ostdeutschland. Die Auszubildenden geben einerseits an, inwiefern aus ihrer Perspektive in den Betrieben und Berufsschulen bestimmte Qualitätskriterien erfüllt werden. Andererseits werden sie auch gefragt, wie wichtig für sie selber die vorgegebenen Qualitätskriterien sind. Erste Ergebnisse der BIBB-Umfrage werden im 1. Halbjahr des kommenden Jahres veröffentlicht.

Weitere Informationen:

#### Expertenmonitor-Umfrage zum Thema "Merkmale guter Ausbildungspraxis"

Regionale Studie zur Ausbildungsqualität in Bremen: Quante-Brandt, Eva; Grabow, Theda: "Die Sicht von Auszubildenden auf die Qualität ihrer Ausbildungsbedingungen. Regionale Studie zur Qualität und Zufriedenheit im Ausbildungsprozess." Berichte zur beruflichen Bildung. Bielefeld 2008.



## RUNDBRIEF AUSBILDUNG

---

Ausgabe 4 / 2008

Berlin, 10. Dezember 2008

### Internetportal für Prüferinnen und Prüfer in der beruflichen Ausbildung

Für die schätzungsweise mehr als 300.000 Prüferinnen und Prüfer in der beruflichen Aus- und Fortbildung gibt es ab sofort ein neues Informations- und Kommunikationsangebot im Internet. Das vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) entwickelte Prüferportal bietet "auf einen Klick" alle wichtigen Informationen rund um das Prüfungswesen und das Prüferamt. Auch besteht hier die Möglichkeit, sich mit anderen Prüfern und Prüferinnen auszutauschen.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan ruft alle auf: „Nutzen Sie die Möglichkeiten, die Ihnen das Prüferportal bietet, und gestalten Sie es mit - mit Ihren Anregungen, Anfragen und Diskussionsbeiträgen.“ Sie weist darauf hin, dass die duale Berufsausbildung das Flaggschiff unseres Bildungssystems ist. Sie lobt die vielen ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfer, die diese Qualität nachhaltig sichern.

Neben allen Informationen rund um das Thema Prüfungen bietet das Portal auch einen Überblick über die Rechtsgrundlagen des Prüfungswesens und die aktuelle Rechtssprechung. Prüfungsanforderungen in Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne für einzelne Berufe können abgerufen werden. Praxisbeispiele und Materialien für ausgewählte Berufsbilder ergänzen das Angebot. Künftige Prüfer und Prüferinnen erhalten zudem einen schnellen und umfassenden Einblick in die Arbeit als Mitglied eines Prüfungsausschusses.

Gleichzeitig fördert das Portal den Austausch unter den Beteiligten. So können zum Beispiel auf einer "Pinnwand" Anfragen oder Beiträge eingestellt werden. Registrierte Nutzer und Nutzerinnen haben darüber hinaus die Möglichkeit, sich an moderierten Foren zu beteiligen und können sich bei Bedarf geschützte virtuelle Arbeitsräume einrichten lassen. Veranstaltungshinweise und ein elektronischer Newsletter runden das Angebot ab.

[Direkt zum Prüferportal](#)



## RUNDBRIEF AUSBILDUNG

Ausgabe 4 / 2008

Berlin, 10. Dezember 2008

### Die BWP - Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, Zeitschrift des Bundesinstituts für Berufsbildung

Themenschwerpunkte sind bildungspolitische Entwicklungen und aktuelle Instrumente der europäischen Bildungspolitik. Dazu gehören ländervergleichende Darstellungen zu Nationalen Qualifikationsrahmen, zur Teilnahme an beruflicher Weiterbildung und zur Kompetenzorientierung. Auch der Kommentar von Reinhold Weiß behandelt dieses Thema.

Deutlich wird darüber hinaus, dass internationale Themen nicht nur in Wissenschaft und Politik der Berufsbildung ihren Platz haben, sondern auch in der Praxis auf Unternehmensebene mit Leben gefüllt werden. Weitere Themen der Ausgabe beschäftigen sich mit Evaluationsergebnissen zum zweijährigen Ausbildungsberuf Kfz-Service-Mechaniker/-in, der Qualitätssicherung beim Online-Tutoring und einem BMBF-Projekt zur Berufsorientierung.



### Überblick über alle Beiträge dieser Ausgabe

#### Zum Rundbrief Ausbildung

Der „Rundbrief Ausbildung“ enthält vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zusammengestelltes Informationsmaterial zum Thema berufliche Aus- und Weiterbildung. Er geht auf die Gemeinschaftsinitiative „Ausbilden - Wir machen mit!“ zurück, in der Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Bundesministerien zusammenarbeiteten, um Ausbildung zu fördern und dazu beizutragen, dass allen Jugendlichen, die dies wollen und können, ein Ausbildungsplatz angeboten wird. Die Darstellung erfolgt in einer redaktionell überarbeiteten, komprimierten Form mit Hinweisen auf weitergehende Recherchemöglichkeiten und Bezugsquellen.

#### Impressum

Der „Rundbrief Ausbildung“ wird ausschließlich im Internetangebot der Bundesregierung [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de) publiziert. Er kann per Email abonniert werden <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Service/EmailAbo/email-abo.html>.

**Herausgeber und Redaktion:** Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 11044 Berlin, Referat 304 - Bildung und Forschung - Verantwortlich: Dr. Jens Schmidt, Tel. 030 -18 - 272 3126, Mitarbeit: Marianne Bahr, Tel. 030 - 18 -272 3265.

Hier vorgestellte Publikationen sind nur über die angegebenen Adressen zu beziehen.